Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Sonntags-Ausgabe

Bezugspreise: für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure 2mal täglich ins Haus gebracht: monatlich 1.25 M., vierteljährlich 3.75 M. Bei der Geschäftsstelle, unseren Filialen und Ausgabestellen abgeholt: monatlich 1 M., vierteljährlich 3 M. Durch die Post: innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien monatlich 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M., ausschließlich Postbestellgeld. Das Leipziger Tageblatt erscheint werktags 2mal, Sonn- u. Feiertags 1mal. In Leipzig, den Nachbarorten und den Orten mit eigenen Filialen wird die Abendausgabe noch am Abend des Erscheinens ins Haus geliefert.

Berliner Redaktion: In den Zelten 17, Fernsprech-Anschluß: Moabit Nr. 447.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisgasse Nr. 8. ✦ Fernsprech-Anschluß Nr. 14692, 14693 und 14694.

108. Jahrgang

Anzeigenpreise: für Inserate aus Leipzig und Umgebung die 1spaltige Petitzeile 25 Pf., die Reklamezeile 1 M., von auswärts 30 Pf., Reklamen 1.20 M., Kleine Anzeigen die Petitzeile nur 20 Pf. b. Wiederhol. Rab., Inserate von Behörden im amtlichen Teil die Petitzeile 50 Pf. Geschäftsanzeigen mit Plazvorschrift im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Beilagen: Gesamtauflage 5 M. das Tausend ausschl. Postgebühr. Anzeigen-Annahme: Johannisgasse 8, bei sämtlichen Filialen des Leipziger Tageblattes und allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Geschäftsstelle für Berlin u. die Pr. Brandenburg: Direktion Walter Flegel, Berlin W. 10, Margarethenstraße 8. Fernsprech-Anschluß: Lützow 9071.

Nr. 122. Sonntag, den 8. März. 1914.

Das Wichtigste.

* Der Kaiser ist am Sonnabend nach kurzem Besuch in Bremen nach Berlin zurückgekehrt. (S. Pol. Ueberf.)

* Im Reichstag begann am Sonnabend die zweite Lesung des Kolonialetats. (S. Art. u. Ber.)

*** Das Fürstenpaar von Albanien ist am Sonnabend nachmittag 3 Uhr in Durazzo eingetroffen und feierlich empfangen worden.** (Siehe bes. Artikel.)

* In Kopenhagen ist ein großes Zirkusgebäude völlig niedergebrannt. (S. Nachr. v. Tage.)

* Wegen Beleidigung des deutschen Kronprinzen wurde der Redakteur des „Vorwärts" Dr. Ernst Meyer von der vierten Strafkammer des Landgerichts I Berlin zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. (S. R. u. Ger.)

Umschau.

Leipzig, 7. März.

* Was geht uns das eigentlich an, wenn sich die badische Regierung die Gelder für eine **Gesandtschaft in München vom Landtage** bewilligen läßt? In der sächsischen Zweiten Kammer ist es ja wiederholt zu ähnlichen Auseinandersetzungen gekommen, nämlich über die Gesandten in Wien und München, und wir sind belehrt worden, weshalb sie notwendig seien. Recht überzeugt haben uns die Gründe nie. Das Bemerkenswerte an dem Vorgang in Baden war indes diesmal die Tatsache, daß die Regierung außer ihren früheren Anführungen einen neuen Grund geltend machte, und zwar einen für die „Reichsregierung", insbesondere den Reichskanzler, peinlichen Grund: die angebliche Notwendigkeit, die Einzelstaaten gegen eine bedrohliche Reichssteuerpolitik zu schützen! Nun hat aber die badische Regierung der letzten Steuergesetzgebung im Bundesrat zugestimmt und die bayrische Regierung hat sogar nach der Erledigung der Deckungsvorlagen dem Reichstag durch ihr Amtsblatt, die „Bayr. Staatsztg.", den Dank für seine „nationale Tat" ausdrücklich bescheinigt. Nur Sachsen mit den Fürstentümern Reuß hatten dagegen gestimmt. Und nun hören wir: der badische Gesandte ist in München auch deshalb notwendig, weil die Einzelstaaten sich durch diese Steuergesetzgebung bedroht fühlen. Um alles in der Welt: wir bringen da keinen rechten Sinn hinein! Sinn hätte das doch nur, wenn die bayrische Regierung heute das verurteilte, was sie voriges Jahr in schwungvollen Worten lobte. Aber noch unverständlicher war es, daß als weitere Zutat zu dieser Schüssel der — preußische Partikularismus herangezogen wurde. „Welch eine Fülle der Gesichte!" Wir waren der naiven Meinung: wenn sich der preußische Partikularismus lästig mache, und das tat er ja allerdings nach Kräften, so sei es für nationalgesinnte Politiker selbstverständlich, daß sie, eingedenk der ganzen Geschichte des Reiches, nur einen Hort aufzurufen hätten: den Reichsgedanken. Den und nichts anderes mußte man von hoher Warte hinausleuchten lassen, um die grauen Gespenster des Partikularismus zu verscheuchen. Statt dessen, ihr wackeren Badenser, ruft ihr den eigenen Partikularismus zur Gegenwehr auf. Als wenn der schöner wäre! Eine Schnurre. Ein Mann, der an einer roten Nase litt, wendet sich auf eine Zeitungsanzeige hin an einen Fabrikanten, der ein unfehlbares Gegenmittel anpreist, und er erhält die Antwort: Trink, bis sie blau ist ... Doch der Spaß vergeht einem, wenn selbst liberale Blätter allen Ernstes auf das gleiche Rezept verfallen und den süddeutschen Partikularismus gegen den preußischen ausgespielt wissen wollen. Als wenn es vom „Preußenbund" nicht ausdrücklich gesagt worden wäre, daß er dem „gesunden Partikularismus" allenthalben ein fröhliches Auferstehen wünsche! Als wenn noch zu verkennen wäre, daß hinter dem verkündeten „Zusammenschluß der süddeutschen Staaten" doch mehr steckt, als ein freundnachbarliches Gefühl. Man will, das ist ja mit aller Deutlichkeit gesagt worden, Politik machen, eigene Politik, und eigene Politik, zunächst als einzelstaatliche Notwehrpolitik gegen das begehrliche Reich gedacht, wird ganz von selbst zur Sonderpolitik. Die „Kreuzztg." und die „Deutsche Tagesztg." haben einige unserer Anmerkungen zu dieser Befürchtung wiedergegeben, aber mit einem Fragezeichen versehen. Wir verstehen das Fragezeichen. Der Hinweis auf die Gefahr, die **in diesem Getriebe liegt, paßt nicht in ihren** Streifen. Sie wollen es nicht Wort haben, daß leider Gottes aus dem Spielen mit den partikularistischen Neigungen ein Reichsschaden zu werden droht. Was wir jetzt vor Augen sehen, ist die Folge einer schwachen Führung der Reichspolitik. Wir haben vor kurzem erlebt, daß sich der vielgefeierte Ministerpräsident v. Hertling im bayrischen Parlament etwa so aussprach, als fühle er sich bereits stark genug, um die Rolle des Nebenkanzlers zu spielen. Wie angenehm für ihn, wenn ihm nun sogar von liberaler Seite die Führerschaft der süddeutschen Staatengemeinschaft zugeschrieben und München vieldeutig als der neue „Brennpunkt politischer und wirtschaftlicher Fragen" bezeichnet wird. Mag man das alles so harmlos deuten, wie man will: diese Entwicklung stimmt nicht überein mit dem, was uns seither als Reichspraxis selbstverständlich war, ist jedenfalls keine Entwicklung des föderativen Charakters des Reiches, die der unbedingt notwendigen Einheitlichkeit der inneren und äußeren Reichspolitik zugute kommen wird. Der Aufbau der Reichsorganisation gestattete den Einzelstaaten vorlauf die Förderung aller Aufgaben der Landespolitik, und daß sich dies durch die Reichsvermögenszuwachssteuer geändert habe, wird zwar behauptet, aber nicht bewiesen. Wenn jetzt die Einzelstaaten dazu übergehen sollten, außerhalb des Bundesrates Zusammenschlüsse zu reichspolitischen Zwecken zu suchen, so kann selbst bei den besten Absichten eine schädliche Verwirrung nicht ausbleiben. Das kann uns nicht gleichgültig sein. Es tut nach wie vor not, jeder Rückbildung der Reichsgrundlagen zu widerstehen, denn nationale Gebilde werden am besten erhalten durch die Kräfte, die sie geschaffen haben. Wir wissen doch auch, wie aufmerksam unsere Gegner unsere innere Entwicklung verfolgen und wie gern sie jede Erscheinung, die als Schwächeanwandlungen und **innere Lockerung des Reichsgefüges gedeutet werden kann, als eine Bestätigung ihrer Berechnungen buchen ...**

Berechnungen mit starken Fehlerquellen natürlich. Dafür gab es ja diese Woche ein lehrreiches und zugleich tröstliches Beispiel. Alte Scherzfrage: Wie denken Sie über Rußland? Zurzeit nicht even gut. Bismarck hat einmal gesagt, die „Kölnische Zeitung" habe ihm 1870 die Dienste eines Armeekorps geleistet. Es wäre überschwänglich, dem Blatte auch ein ähnliches Verdienst zuzuschreiben wegen seines Hinweises auf die russischen Kriegsrüstungen an der Westgrenze. Die „Köln. Ztg." hat diese Rüstungen nicht zu entdecken brauchen; sie waren bekannt. Auch ist es doch wohl ausgeschlossen, daß unser auswärtiges Amt etwa ebenso überrascht worden wäre wie von der Gründung des Balkanbundes. Immerhin — man hat so seine Gedanken. Geschadet hat der Vorstoß der „Köln. Ztg." nichts oder nur insofern, als die russischen Werte an der Pariser und Petersburger Börse herunterrutschten wie die Purzelmännchen, a.so daß dem russischen Finanzminister ein Wehruf entfuhr. Mit seiner Berichtigung, wonach die Kölner Neuigkeiten „jeder Begründung entbehren", wird er den Schaden nicht ohne weiteres gutmachen. Wenn ihm daran liegt, seine Finanzpolitik vor unliebsamen Störungen zu schützen, so wird er mit dem Kriegsminister ein vertrauliches Wort sprechen müssen, und das wird er ja auch vermutlich bereits getan haben. Die österreichische „Militärische Rundschau", ein Blatt, das der Regierung verantwortlich ist, behauptet, daß das russische Kriegsministerium für das Frühjahr eine große Probemobilisierung plane, für die 266 Millionen Kronen aufgewandt werden sollen. Ist das richtig, so hat man wieder einen Beweis für die Unergründlichkeit der russischen Politik. Eine solche Summe steht außer Verhältnis zu einem friedlichen militärischen Zweck, und überdies wissen wir ja auch aus den Probemobilisierungen der zwei letzten Jahre, daß sie politischen Absichten dienten. Möglicherweise liegen auch gewisse Verpflichtungen vor, die man bei dem letzten großen Pump von 2½ Milliarden Franken in Paris wohl oder übel eingehen mußte. Der französische Generalstab soll nämlich, wie die Pariser Presse ausplauderte, herausgefunden haben, daß Rußland außerstande sei, im Falle eines Krieges mit Deutschland den Aufmarsch eher zu vollziehen, als an der französischen Grenze Entscheidungen fallen können. Das heißt: der französische Generalstab sieht nicht ein, weshalb Frankreich im ganzen zwanzig Milliarden dem großen Verbündeten in die allezeit offenen Hände geworfen hat, wenn es damit rechnen muß, vielleicht einen Monat oder gar länger in derselben Lage zu sein wie 1870. Ein Monat ist bei einem Kriege eine lange Zeit. Um diese Sorge zu heben, soll also Rußland durch Probemobilisierungen den nötigen Ausgleich schaffen. Eine glaubliche Lesart. Aber es ist klar, daß diese freundwillige Gefälligkeit nicht ins Grenzenlose fortgesetzt werden kann. Das ist der böse Punkt. Es kommt ein Entweder-Oder.

In Oesterreich, das noch unter dem Eindruck der früheren Kriegsvorbereitungen an seinen Grenzen steht und die Kosten der Gegenmaßregel noch nicht verwunden hat, fürchtet man eine Wiederholung dieses üblen Zustandes. Dafür liegen aber keine bestimmten Anzeichen vor. **In Sofia wie in Belgrad und Athen** überbietet man sich in Versicherungen des Ruhebedürfnisses, und halten die Balkanstaaten Ruhe, so fehlt der Grund für eine Einmischung der russischen Politik. Der Aufstand in Epirus wird in Athen wie eine nebensächliche Störung behandelt, an der man keine Schuld trage. Man bemitleidet die griechischen Brüder, die sich in die von den Mächten angeordnete Abgrenzung nicht fügen wollen, und scheut es, ihnen durch eine unzweideutige Zurechtweisung wehe zu tun. So will es denn der Gang der Dinge, daß Fürst Wilhelm zu Wied heute nachmittag sein Land betritt, zwar unter großem festlichen Gepränge und unter begeisterten Freudenkundgebungen der aus allen Teilen des Landes herbeigeeilten Albanesen, aber doch unter dem Druck der ersten großen Sorge, was dort im Süden des Landes die nächsten Tage werden soll. Es ist ein „romantisches Stück", das dort heute nach einem langen Vorspiel einsetzt. Dem deutschen Fürsten, der mit der Ehre und dem Ansehen seines Hauses auf den Plan tritt, sind viele guten Wünsche auf den Weg gegeben worden, und wenn seine Fahrt vorläufig der Lieblingsgegenstand unserer Witzblätter ist — es läuft da viel dummes und einfältiges Zeug unter — so wird er, hoffen wir, deutscher Art und Tüchtigkeit so viel Ehre machen, daß er dieses zum Teil recht widerlichen Gehechels spotten kann. Das weiß er, in welchem Zustande er das verwahrloste Land antrifft, und was seiner wartet. Eine Krone zu tragen — das ist kaum das lockende Glück. Wie sagt der humoristische alte Hebel so hübsch:

„Die goldene Kronen drücken schwer,
's isch nit als ob's e Strohhut wär."

Aber ein gutes Stück Arbeit leisten im kulturfähigen Lande, das Leben einsetzen, dem Schicksal die Gunst abringen und dann einer Krone wert sein — das ist ein Wille, den wir zu achten haben.

Der Kolonialetat.

(Stimmungsbild aus dem Reichstage.)

⊙ **Berlin, 7. März.**

Im Reichstag begann heute die Beratung des Kolonialetats. Mit dem steht es nicht anders als mit dem Marineetat, von dem wir über den Unterschied zwischen einst und jetzt neulich hier schrieben: Auch die Erörterung des Kolonialetats gehörte in früheren Zeitläuften zu den stürmischsten Tagen ganz erster Ordnung; es wurde bei dieser Gelegenheit mit Enthüllungen gearbeitet und mit allerlei Küstenklatsch, und in breiten, ziehenden Strömen ergoß sich die Entrüstung in den Reichstagssaal. Wer jene, ja nicht gerade erfreulichen Jahre noch in der Erinnerung hat, den berührt, was sich heute begab, doch nur wie ein mildes Säuseln. Der sozialdemokratische Herr Dittmann, der den Reigen eröffnete, zog ja freilich noch recht starke Register; unter anderem hatte er die Freundlichkeit, unsere ganze kolonialpolitische Tätigkeit nach der Art dieser angeblich „Historisch-Oekonomischen" ein „Stück aus dem Tollhaus" zu nennen. Aber was ist das alles gegen den Titanentrotz, den ehedem Herr Bebel bei diesen Anlässen spazieren führte. Sie sind alle vom Schauplatz abgetreten, die in den Anfängen unserer Kolonialpolitik sich ingrimmig befehdeten und ihr so oder so Steine in den Weg warfen. Bebel ist tot und Karl Peters liegt schwer, und wie man wohl sagen muß, unheilbar krank in Parkenkirchen danieder. Der Abg. Arendt, der in sich selber ja ein gut Stück dieser Entwicklung verkörpert, hatte ganz recht, wenn er in einer im übrigen recht verständigen Rede solchen Unterschied der Zeiten heraufbeschwor. Ihm und namentlich dem nationalliberalen Sprecher gebührte das Verdienst, gegenüber den sozialdemokratischen Narreteien und den Uebertreibungen, in denen sich doch auch Herr Erzberger gefiel, festzuhalten, was durch unsere Kolonialpolitik für unsere deutsche Volkswirtschaft bereits erzielt ward. Ganz wunschlos war im übrigen auch Herr Keinath nicht. Er meldete vielmehr eine ganze Reihe von Forderungen an, die, wie der Ausbau der Regierungsschulen, die Sicherung der Rechtsverhältnisse und eine planmäßige Eisenbahnpolitik, in der Tat zum Gedeihen in unserem überseeischen Deutschland unerläßlich sind. Auch die kleinlichen Händel in der Beamtenschaft und die Eifersüchteleien zwischen ihr und den Pflanzern und Missionaren, die immer wieder durch die Vermittlung gewisser Blätter an das Ohr des Mutterlandes schlagen und bei allen Unbefangenen, gelinde gesagt, höchst verstimmend wirken, finden in dem nationalliberalen Redner einen unnachsichtigen Kritiker. Aber er übersah dabei doch auch nicht, wie gesagt, den Wert der bisherigen Leistung und neben den Flecken nicht die vielen Lichtseiten. Dies erkannte ja freilich auch Herr Erzberger an, aber der Zentrumsgewaltige war doch heute auf einen recht verärgerten und herrschsüchtigen Ton gestimmt; entrüstete sich hauptsächlich über die Haussklaverei und gab dem Staatssekretär der Kolonien gebieterisch auf, binnen kurzer Frist für Abstellung dieser Beschwerden zu sorgen. Sonst — ja, was das Zentrum sonst zu tun gedenkt, verriet Herr Erzberger nicht, aber man hatte das allerdings nicht ohne weiteres durchbohrende Gefühl, daß Herr Erzberger eine fürchterliche Drohung auszustoßen wünschte. Der Staatssekretär selber griff heute noch nicht in die Erörterung ein: Vermutlich ersehnte sich Herr Dr. Solf denn doch ein etwas zahlreicheres Publikum, als heute das arg dezimierte Haus es darstellte.

Politische Uebersicht

Der Kaiser in Bremen.

Der Kaiser verließ die „Deutschland" am Sonnabend vormittag ½12 Uhr und landete vor der Lloydhalle in Bremerhaven, wo die Kriegervereine der Unterweserorte (etwa 800 Mann) und die Jugendvereine Aufstellung genommen hatten. Der Kaiser schritt die Front ab und zeichnete verschiedene Kameraden durch Gespräche aus. Um 11,45 Uhr verließ der Hofzug den Bahnhof der Lloydhalle nach Bremen. Dort wurde der Kaiser vom Präsidenten des Senats, Bürgermeister Stadtländer, empfangen. Nach herzlicher Begrüßung begab sich der Kaiser unter lebhaften Kundgebungen des Publikums nach dem Ratskeller, wo ein Frühstück stattfand. Nach etwa zweistündigem Aufenthalt im Ratskeller begab sich der Kaiser mittels Automobils nach dem Hauptbahnhof, auf dem Wege dorthin vom Publikum lebhaft begrüßt, und fuhr von Bremen, nachdem er sich vom Bürgermeister Stadtländer in herzlicher Weise verabschiedet hatte, um 3,15 Uhr nach Berlin ab.

Reichspartei und Volksschullehrer.

Die „Natl. Korr." schreibt:

„Unter den in dem bekannten Antrag des nationalliberalen Abg. Schiffer betreffend Einleitung einer Novellengesetzgebung für einzelne Teile unseres Rechts aufgezählten Materien befand sich bekanntlich auch die Forderung der Zulassung der Volksschullehrer zum Ehrenamt der Schöffen und Geschworenen. Dieser alten Forderung ist am 19. Februar der Reichstag mit großer Mehrheit beigetreten. Das war zu erwarten, nachdem der Reichstag sich bereits vor drei Jahren dafür ausgesprochen hat. Die einzige Partei, die jetzt Schwierigkeiten machte, war die Reichspartei. Es war Herr Mertin, der mit den alten Einwänden kam, daß die Interessen der Schule darunter leiden würden, und daß die Lehrer bei ihrem Ausschluß von diesem Amt sich in der guten Gesellschaft von Ministern, Senatsmitgliedern, Richtern usw. befänden. Diese Stellungnahme mußte um so mehr auffallen, als vor drei Jahren selbst die radikalsten Agrarkonservativen gewissermaßen Harakiri vollzogen und sich zu der Forderung bekannten, die sie noch wenige Wochen vorher so eifrig wie möglich bekämpft hatten. Die Nationalliberalen hatten bekanntlich schon im Winter 1909 im preußischen Abgeordnetenhause einen Antrag Schiffer-Magdeburg zur Debatte gestellt, „bei der bevorstehenden Umgestaltung des Gerichtsverfassungsgesetzes den Ausschluß der Lehrer von der Berufung zum Schöffenamt zu beseitigen oder erheblich einzuschränken". Damals war der Antrag in der Unterrichtskommission mit 9 Stimmen der Rechten, des Zentrums und der Polen gegen 8 Stimmen gefallen. Der Vorgang wiederholte sich dann 1911 in der Justizkommission des Reichstags; auch hier wurde der nationalliberale Antrag von Konservativen und Zentrum unter polnischer Führung niedergestimmt. Welch böse Stimmung diese Haltung unter den Lehrern auslöste, erkannten rechtzeitig die Abgg. Kreth und Dr. Diederich Hahn, wobei die bevorstehenden Reichstagswahlen das ihrige getan haben mochten: die beiden brachten zur zweiten Lesung des Gerichtsverfassungsgesetzes im Plenum den Antrag ein, die Bestimmung, die das Verbot der Zulassung enthielt, zu streichen. Man erinnert sich noch der Heiterkeit, mit der damals Herr Hahn im Reichstag empfangen wurde, als er den Antrag begründete. Wie recht diejenigen hatten, die darauf hinwiesen, daß lediglich die bevorstehenden Reichstagswahlen die Triebfeder zum konservativen Umfall waren, das zeigt jetzt die Gegnerschaft der Reichspartei. Wie wenig stichhaltig gerade die Einwendungen des Herrn Mertin sind, das mag er in der damaligen Umfallrede des Herrn Diederich Hahn nachlesen. Da gestand der bekehrte Bundesdirektor, eine etwaige Beeinträchtigung der Schule würde nur geringfügig und selten sein, und weiter zählte er eine solche Menge von Vorteilen auf, die der Rechtspflege aus der Zulassung der Volksschullehrer erwachsen würden, daß man sich eigentlich wundern muß, daß das jetzt alles wieder hinfällig sein soll. Sollte da nicht die Vermutung nahe liegen, daß die Herren sich doch von anderen als sachlichen Gesichtspunkten leiten lassen? Mag dem aber sein wie ihm will: jedenfalls wirft die jetzige Ablehnung der Forderung durch die Reichspartei auf diese ein recht bezeichnendes Licht."

Der Duellunfug

wird in der neuen Woche im Reichstage auf Grund einer Zentrumsinterpellation wieder einmal zur Sprache gebracht werden. Während in der „Tgl. Rdsch." Herr von Sitzmann die Zweckmäßigkeit dieser Erörterung bestreitet und behauptet, das Duell lasse sich überhaupt nicht ausrotten, schreibt ein konservativer westfälischer Edelmann der „Köln. Volksztg.", daß er erwartet, daß nun endlich auch seine engeren Parteifreunde sich zu einem energischen Entschluß gegen das Duellunwesen aufraffen:

„Wenn der Metzer Fall die Wirkung haben sollte, den zahlreichen Konservativen, welche prinzipiell Duell-Anhänger sind, die Augen zu öffnen, so daß sie endlich einmal die Konsequenz und Logik fänden, zum mindesten den Zwang zum Duell, wie er tatsächlich im Offizierkorps geübt wird, rückhaltlos zu bekämpfen, so hätte der traurige und beschämende Fall doch noch eine gute Folge. Ob die Herren aber soviel Konsequenz aufbringen werden? Wenn nicht, so dürfen sie sich auch nicht beklagen, wenn in weitesten Kreisen ihre „christlichen Anschauungen" etwas skeptisch beurteilt werden. Wenigstens ist ihnen

SLUB
Wir führen Wissen.